

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

2008/0062(COD)

1.7.2008

*****I**

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften
(KOM(2008)0151 – C6-0149/2008 – 2008/0062(COD))

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Berichterstatlerin: Inés Ayala Sender

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **I Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **II Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- *** Verfahren der Zustimmung
*Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in
Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des
EU-Vertrags genannt sind*
- ***I Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- ***II Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- ***III Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu Legislativtexten

Die vom Parlament vorgenommenen Änderungen werden durch **Fett- und Kursivdruck** hervorgehoben. Bei Änderungsrechtsakten werden unverändert aus einer bisherigen Bestimmung übernommene Textteile, die das Parlament ändern will, obwohl die Kommission sie nicht geändert hat, durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden gegebenenfalls wie folgt gekennzeichnet: [...]. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrekturempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.....	5
BEGRÜNDUNG.....	25

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften
(KOM(2008)0151 – C6-0149/2008 – 2008/0062(COD))

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2008)0151),
 - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 71 Absatz 1 Buchstabe c des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C6-0149/2008),
 - gestützt auf Artikel 51 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr und der Stellungnahme des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A6-0000/2008),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 5

Vorschlag der Kommission

(5) Die von dem System erfassten Kategorien von Verkehrsdelikten sollten dem Grad der Gefährdung der Straßenverkehrssicherheit Rechnung tragen und nach dem Recht aller Mitgliedstaaten als Verkehrsdelikte gelten. Es ist daher angezeigt, Geschwindigkeitsübertretungen, Trunkenheit im Straßenverkehr, das

Geänderter Text

(5) Die von dem System erfassten Kategorien von Verkehrsdelikten sollten dem Grad der Gefährdung der Straßenverkehrssicherheit Rechnung tragen und nach dem Recht aller Mitgliedstaaten als Verkehrsdelikte gelten. Es ist daher angezeigt, Geschwindigkeitsübertretungen, Trunkenheit im Straßenverkehr, das

Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes und das Überfahren eines roten Stopplichts zu erfassen. Die Kommission wird die Entwicklungen in der EU in Bezug auf andere Verkehrsdelikte mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit – beispielsweise das Fahren unter Drogeneinfluss, die Nutzung von Mobiltelefonen am Steuer **sowie** das Fahren ohne Versicherungsschutz – weiter beobachten und gegebenenfalls die Vorlage eines Vorschlags zur Überarbeitung der Richtlinie in Betracht ziehen.

Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes und das Überfahren eines roten Stopplichts zu erfassen. Die Kommission wird die Entwicklungen in der EU in Bezug auf andere Verkehrsdelikte mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit – beispielsweise das Fahren unter Drogeneinfluss, die Nutzung von Mobiltelefonen am Steuer, das Fahren ohne Versicherungsschutz **und das Fahren ohne Führerschein** – weiter beobachten und gegebenenfalls **möglichst bald** die Vorlage eines Vorschlags zur Überarbeitung der Richtlinie **dann** in Betracht ziehen, **wenn ein Bericht über die Durchführung der Richtlinie vorliegt**.

Or. fr

Begründung

Die Richtlinie muss mittelfristig überarbeitet werden können, um neue Arten von Zuwiderhandlungen, wie das Fahren unter Drogeneinfluss oder das Fahren ohne Führerschein, einzubeziehen. Hierfür hat die Kommission einen Bericht über die Durchführung der Richtlinie vorzulegen.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

(6) Um die Wirksamkeit zu gewährleisten, sollte sich das System zur Rechtsdurchsetzung über die Phasen von der Erfassung des Verkehrsverstoßes bis zur Übermittlung eines entsprechenden Deliktsbescheids an den Halter des betreffenden Fahrzeugs (unter Verwendung eines Musterformulars) erstrecken. Sobald eine abschließende Entscheidung getroffen wurde, findet der Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen Anwendung.

Geänderter Text

(6) Um die Wirksamkeit zu gewährleisten, sollte sich das System zur Rechtsdurchsetzung über die Phasen von der Erfassung des Verkehrsverstoßes bis zur Übermittlung eines entsprechenden Deliktsbescheids an den Halter des betreffenden Fahrzeugs (unter Verwendung eines Musterformulars) erstrecken. Sobald eine abschließende Entscheidung getroffen wurde, findet der Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen Anwendung. **In den Fällen, in**

denen der Rahmenbeschluss 2005/214/JI nicht in denjenigen Mitgliedstaaten angewendet werden kann, in denen die Entscheidungen über Sanktionen nicht auf einer strafbaren Handlung beruhen, müsste die Wirksamkeit der Sanktionen allerdings durch andere Maßnahmen zur Vollstreckung der Sanktionen sichergestellt werden.

Or. fr

Begründung

Die Wirksamkeit der Sanktionen, die zwischen den Mitgliedstaaten übermittelt werden, wird durch den Rahmenbeschluss 2005/214/JI für die Entscheidungen sichergestellt, die auf einer strafbaren Handlung beruhen. Dieser Beschluss deckt aber nicht alle Fallgestaltungen in der Europäischen Union ab, weswegen andere Wege der Durchsetzung einer Sanktion geschaffen werden müssen, um den Rahmenbeschluss zu vervollständigen, insbesondere wenn über die Sanktionen in einem Verwaltungsverfahren entschieden wird.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8) Da die Daten zur Identität eines Zuwiderhandelnden personenbezogene Daten sind, haben die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr eingehalten wird.

(8) Da die Daten zur Identität eines Zuwiderhandelnden personenbezogene Daten sind, haben die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr eingehalten wird. ***Der Zuwiderhandelnde selbst müsste bei Übermittlung des Deliktsbescheids ordnungsgemäß über seine Rechte auf Zugang, Berichtigung und Löschung seiner Daten hingewiesen werden.***

Or. fr

Begründung

Den Zuwiderhandelnden müssen Informationsgarantien bei der Übermittlung des Deliktsbescheids hinsichtlich ihrer Rechte im Bereich Zugang, Berichtigung und Löschung von Daten gegeben werden.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Die im Rahmen dieser Richtlinie gesammelten Daten werden nicht nur für begrenzte Zeit gespeichert sondern dürfen auch in keinem Fall für andere Zwecke als diejenigen benutzt werden, die die Verfolgung von Straßenverkehrsdelikten ermöglichen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen insofern sicherstellen, dass es keinesfalls Zugriffsmöglichkeiten auf das elektronische Netz, das einen Informationsaustausch ermöglicht, von Netzen aus gibt, die zur Verfolgung anderer Ziele geschaffen wurden.

Begründung

Durch Garantien bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und bei der Verwaltung des elektronischen Netzes der Gemeinschaft muss es möglich sein, zu vermeiden, dass die gesammelten Daten für andere Zwecke als die Straßenverkehrssicherheit benutzt werden.

Änderungsantrag 5

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 10 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10a) Im Bereich der Kontrollen auf der Straße müssten die Mitgliedstaaten ihre Methoden harmonisieren, damit ihre Praktiken auf der Ebene der Union untereinander vergleichbar sind. Mindeststandards bei der Kontrollpraxis müssten somit in jedem Mitgliedstaat gefördert werden.

Begründung

Die Praktiken im Bereich der Straßenverkehrskontrolle müssten zwischen den Mitgliedstaaten harmonisiert werden, um zu einer besseren Abstimmung der politischen Maßnahmen in diesem Bereich auf europäischer Ebene zu gelangen.

Änderungsantrag 6

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 10 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10b) Auch die technische Ausrüstung für Kontrollen auf der Straße müsste in Zukunft harmonisiert werden, um die Konvergenz der Kontrollmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Eine solche technische

Harmonisierung müsste von der Kommission bei der Überarbeitung gemäß Artikel 8a vorgeschlagen werden.

Or. fr

Begründung

Die Kommission hat anlässlich ihres Berichts über die Durchführung der Richtlinie Vorschläge zur Normierung der im Bereich der Straßenverkehrssicherheit eingesetzten Ausrüstung auf europäischer Ebene vorzulegen.

Änderungsantrag 7

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 11 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(11a) Die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten müssten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die europäischen Bürger für die Durchführung dieser Richtlinie zu sensibilisieren und sie darüber zu informieren. Eine geeignete Information über die Konsequenzen der Nichtbeachtung der Straßenverkehrsvorschriften kann so eine präventive Wirkung im Bereich der Straßenverkehrsdelikte entfalten, bevor eine Sanktion verhängt werden muss.

Or. fr

Begründung

Die Information der Autofahrer ist ein zentrales Element der Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit, das eine Rolle bei der Vermeidung und der Abschreckung von Delikten spielt.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Buchstabe d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(da) „zentrale Behörde“ ist die Behörde,
die einen Mitgliedstaat bei der
Anwendung der Richtlinie unterstützt,**

Or. fr

Begründung

Es ist notwendig, die zentrale Behörde, die für die Anwendung der Richtlinie zuständig ist, in Artikel 2 zu definieren, um sie von der zuständigen Behörde zu unterscheiden.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Richtlinie Article 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2a

***Orientierungen im Bereich der
Straßenverkehrssicherheit in der Union***

***1. Um eine Politik im Bereich der
Straßenverkehrssicherheit mit dem Ziel
eines hohen Schutzniveaus für
Verkehrsteilnehmer in der Union zu
verfolgen und unter Berücksichtigung der
vielfältigen Situationen innerhalb der
Union schaffen die Mitgliedstaaten
vorbehaltlich strengerer Politiken und
Rechtsvorschriften eine
Straßenverkehrspolitik, die eine gewisse
Zahl von Mindestmerkmalen im Bereich
der Kontrolle umfasst. Zur Erreichung
dieses Ziels nimmt die Kommission mit
Unterstützung des in Artikel 8 genannten
Ausschusses Leitlinien gemäß dem in
Artikel 8 Absatz 3 genannten
Regelungsverfahren mit Kontrolle an.
Diese Leitlinien folgen den***

Mindestorientierungen, die in den folgenden Absätzen festgelegt sind.

2. Im Bereich der Geschwindigkeit wird der Einsatz von automatischen Kontrollgeräten auf Autobahnen, Nebenstrecken und städtischen Straßen besonders in denjenigen Abschnitten des Straßennetzes gefördert, die eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Unfällen in Zusammenhang mit überhöhter Geschwindigkeit aufweisen.

Die im Rahmen dieser Leitlinien angenommenen Empfehlungen sind darauf ausgerichtet, dass die Mitgliedstaaten die Anzahl von Geschwindigkeitskontrollen mit automatischen Geräten um 50 % erhöhen und dass durch diese automatischen Kontrollen eine befriedigende geografische Abdeckung des gesamten Hoheitsgebiets jedes Mitgliedstaats gewährleistet ist.

3. Im Bereich der Alkoholkontrollen sorgen die Mitgliedstaaten vorrangig für Kontrollen im Stichprobenverfahren an den Orten und zu den Zeitpunkten, wo Übertretungen häufig sind und eine erhöhte Unfallgefahr besteht.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass mindestens die Hälfte der Autofahrer einmal pro Jahr kontrolliert werden kann.

4. Im Bereich des Tragens des Sicherheitsgurtes führen die Mitgliedstaaten die Kontrolleinsätze je nach Prozentsatz des Tragens des Sicherheitsgurtes auf der Grundlage der in diesem Bereich erhobenen Daten durch:

– in den Mitgliedstaaten, in denen der Prozentsatz des Tragens des Sicherheitsgurtes über 70 % der Bevölkerung liegt, erfolgen intensive Kontrolleinsätze während mindestens vier Wochen pro Jahr;

– in den Mitgliedstaaten in denen der Prozentsatz des Tragens der Sicherheitsgurte unter 70 % der Bevölkerung liegt, erfolgen intensive Kontrolleinsätze während mindestens acht Wochen pro Jahr.

5. Im Bereich des Überfahrens roter Stopplichter werden vorzugsweise automatische Kontrollgeräte an denjenigen Kreuzungen eingesetzt, wo die Übertretung der Vorschriften häufig ist und auf denen eine überdurchschnittliche Anzahl von Unfällen in Zusammenhang mit dem Überfahren roter Stopplichter festzustellen ist.

Or. fr

Begründung

Die Praktiken im Bereich der Straßenverkehrskontrolle müssten zwischen den Mitgliedstaaten harmonisiert werden, um zu einer besseren Abstimmung der politischen Maßnahmen in diesem Bereich auf europäischer Ebene zu gelangen.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten speichern die vom Deliktsstaat übermittelten Informationen nicht.

Geänderter Text

3. Die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten speichern die vom Deliktsstaat übermittelten Informationen nicht. ***Der Informationsaustausch erfolgt hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten und dem sie betreffenden freien Datenverkehr unter Beachtung der Richtlinie 95/46/EG.***

Or. fr

Begründung

Der Schutz von personenbezogenen Daten muss im regelnden Teil der Richtlinie bekräftigt

werden, um möglichst weitgehend sicherzustellen, dass die Rechte der europäischen Bürger, die in der Richtlinie 95/46/EG verankert sind, durch den Datenaustausch nicht verletzt werden.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Informationsaustausch nach Artikel 3 auf elektronischem Wege erfolgt. Zu diesem Zweck ergreifen die Mitgliedstaaten alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein **EU-weites** elektronisches Netz auf der Grundlage gemeinsamer Regeln spätestens 12 Monate nach dem in Artikel 9 Absatz 1 genannten Datum eingerichtet wird.

Geänderter Text

1. Die Mitgliedstaaten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Informationsaustausch nach Artikel 3 auf elektronischem Wege erfolgt. Zu diesem Zweck ergreifen die Mitgliedstaaten alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein **gemeinschaftliches** elektronisches Netz auf der Grundlage gemeinsamer Regeln spätestens 12 Monate nach dem in Artikel 9 Absatz 1 genannten Datum eingerichtet wird.

Or. fr

Begründung

Das elektronische Netz, durch das der Informationsaustausch im Bereich der Straßenverkehrssicherheit erfolgen soll, muss ein von der Europäischen Gemeinschaft verwaltetes Netz sein.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 2 – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

2. Gemeinsame Regeln für die Umsetzung von Absatz 1 werden von der Kommission bis zu dem in Artikel 9 Absatz 1 genannten Datum gemäß dem Regelungsverfahren von Artikel 8 **Absatz 2** angenommen.

Geänderter Text

2. Gemeinsame Regeln für die Umsetzung von Absatz 1 werden von der Kommission bis zu dem in Artikel 9 Absatz 1 genannten Datum gemäß dem Regelungsverfahren von Artikel 8 **Absatz 3** angenommen.

Begründung

Die gemeinsamen Regeln, durch die die Einrichtung und Verwaltung des elektronischen Netzes möglich sind, müssen gemäß dem Regelungsverfahren mit Kontrolle festgelegt werden.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 4 – Absatz 2 – Spiegelstrich 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Regeln für die Sicherheit und den Schutz personenbezogener Daten, um jede Zugriffsmöglichkeit auf diese Daten von anderen Datenbanken aus zu verhindern.

Or. fr

Begründung

Die gemeinsamen Regeln müssen unter Achtung der Pflichten im Bereich Datensicherheit und -schutz festgelegt werden, um jedwede Nutzung der Daten zu anderen Zwecken als denjenigen zu verhindern, zu denen sie erhoben wurden.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 5 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2. Der Deliktsbescheid enthält eine Schilderung der einschlägigen Einzelheiten des betreffenden Delikts und die Höhe der vom Halter zu zahlenden Geldbuße, Angaben zu den Möglichkeiten des Halters, den Deliktsbescheid anzufechten und einer Entscheidung über die Auferlegung einer Geldbuße zu widersprechen, sowie das im Fall einer Anfechtung oder eines Widerspruchs zu befolgende Verfahren.

2. Der Deliktsbescheid enthält ***den Gegenstand des Bescheids, die Bezeichnung der für die Verhängung von Sanktionen zuständigen Behörde, die Bezeichnung der mit der Anwendung dieser Richtlinie beauftragten zentralen Behörde und*** eine Schilderung der einschlägigen Einzelheiten des betreffenden Delikts und die Höhe der vom Halter zu zahlenden Geldbuße, ***die am ehesten verfügbaren Zahlungsarten,***

Angaben zu den Möglichkeiten des Halters, den Deliktsbescheid anzufechten und einer Entscheidung über die Auferlegung einer Geldbuße zu widersprechen, sowie das im Fall einer Anfechtung oder eines Widerspruchs zu befolgende Verfahren.

Or. fr

Begründung

Der Inhalt des Bescheids muss so vollständig wie möglich sein, um dem Fahrzeughalter Informationen über das begangene Delikt, die zuständige Behörde und die möglichen Rechtsmittel zu liefern.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Der Halter wird im Deliktsbescheid darauf hingewiesen, dass er ein Antwortformular auszufüllen hat, falls er die Zahlung der Geldbuße verweigert.

Geänderter Text

3. Der Halter wird im Deliktsbescheid darauf hingewiesen, dass er ein Antwortformular auszufüllen hat, falls er die Zahlung der Geldbuße verweigert.
Wird die Zahlung verweigert, wird der Halter im selben Bescheid darauf hingewiesen, dass diese Weigerung der zentralen Behörde des Wohnsitzstaats zur Vollstreckung der Entscheidung über die Verhängung der Sanktion übermittelt werden kann.

Or. fr

Begründung

Durch diese Änderung soll die Wirksamkeit und die Verfolgung von Delikten dadurch sichergestellt werden, dass die Übermittlung der Zahlungsverweigerung – unabhängig von ihren Gründen – an die Behörde des Wohnsitzstaats des Halters übermittelt werden kann.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3a. In dem Deliktsbescheid wird dem Halter mitgeteilt, dass bei der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten die Richtlinie 95/46/EG beachtet wird, und über welche Rechte er im Bereich Zugang, Berichtigung und Löschung, wie sie in Artikel 7 erwähnt sind, verfügt.

Or. fr

Begründung

Eine Erwägung der Rechte des Halters im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten, wie sie durch die Richtlinie 95/46/EG garantiert sind, muss sich in dem Deliktsbescheid, der an ihn gerichtet ist, finden.

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 4

Betrifft nicht die deutsche Fassung.

Or. fr

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

5. Die Kommission kann das Muster des Deliktsbescheids anpassen, um technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Diese Maßnahmen zur Änderung von nicht wesentlichen Bestimmungen dieser Richtlinie werden nach dem in Artikel 8 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

5. Die Kommission kann das Muster des Deliktsbescheids anpassen, um technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Diese Maßnahmen zur Änderung von nicht wesentlichen ***technischen*** Bestimmungen dieser Richtlinie werden nach dem in Artikel 8 Absatz 3 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

Begründung

Änderungen am Muster des Deliktbescheids durch das Komitologieverfahren müssen auf technische Aspekte beschränkt bleiben und dürfen nicht diejenigen Regelungen ändern, die eine bessere Information des Halters ermöglichen, wie beispielsweise im Bereich des Schutzes personenbezogener Daten.

Änderungsantrag 19

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 5a

***Verfolgung von Zuwiderhandlungen
gegen Verkehrsvorschriften***

- 1. Wird die Geldbuße nicht bezahlt und sind alle Rechtsmittel ausgeschöpft, gilt der Rahmenbeschluss 2005/214/JI hinsichtlich der Sanktionen gemäß Artikel 1 jenes Rahmenbeschlusses.***
- 2. In den gleichen Fällen, in denen keine Reaktion erfolgt, wie denjenigen, die in Absatz 1 beschrieben sind, die aber Sanktionen betreffen, die nicht in den Anwendungsbereich des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI fallen, übermittelt der Deliktsstaat die endgültige Entscheidung der zuständigen Behörde des Wohnsitzstaats zur Vollstreckung der Sanktion.***

Or. fr

Begründung

Durch diese Änderung soll vorgesehen werden, dass die Geldbußen, die dem Halter übermittelt, von diesem aber nicht bezahlt wurden, garantiert verfolgt werden, entweder über den Rahmenbeschluss 2005/214/JI oder durch die Übermittlung der endgültigen Entscheidung an den Wohnsitzstaat des Fahrzeughalters.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 5b

Anerkennung und Vollstreckung von Sanktionen

1. Die zuständigen Behörden des Wohnsitzstaats erkennen eine gemäß Artikel 5a Absatz 2 übermittelte Entscheidung ohne jede weitere Formalität an und ergreifen unverzüglich alle für die Vollstreckung erforderlichen Maßnahmen. Auf die Vollstreckung der Entscheidung ist das Recht des Wohnsitzstaats in derselben Weise anwendbar wie bei Sanktionen, die von diesem Staat verhängt werden, es sei denn, die zuständige Behörde beschließt, einen der folgenden Gründe für die Versagung der Anerkennung und der Vollstreckung geltend zu machen:

a) Nach dem Recht des Wohnsitzstaats bestehen Befreiungen, die die Vollstreckung der Entscheidung unmöglich machen.

b) Die betreffende Person ist nicht von ihrem Recht, die Entscheidung anzufechten, und von den Fristen, die für dieses Rechtsmittel gelten, unterrichtet worden.

2. Die zuständige Behörde des Deliktsstaats unterrichtet die zuständige Behörde des Wohnsitzstaats unverzüglich über jede Entscheidung oder Maßnahme, aufgrund deren die Vollstreckbarkeit der Entscheidung erlischt. Der Wohnsitzstaat beendet die Vollstreckung der Entscheidung, sobald er von der zuständigen Behörde des Deliktsstaats von dieser Entscheidung oder Maßnahme in Kenntnis gesetzt wird.

Begründung

Durch diese Änderung wird ein System der Anerkennung und der Durchsetzung von Sanktionen in den Fällen vorgesehen, in denen der Rahmenbeschluss 2005/214/JI nicht anwendbar ist. Die Verfolgung der Sanktion obliegt dem Wohnsitzstaat des Fahrzeughalters.

Änderungsantrag 21

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 5c

Unterrichtung durch den Wohnsitzstaat

Die zuständige Behörde des Wohnsitzstaats unterrichtet die zuständige Behörde des Deliktsstaats unverzüglich in einer Form, die einen schriftlichen Nachweis ermöglicht,

a) über die Übermittlung der Entscheidung an die zuständige Behörde;

b) über etwaige Beschlüsse über die Verweigerung der Anerkennung und Vollstreckung einer Entscheidung zusammen mit einer Begründung;

c) über die Vollstreckung der Entscheidung, sobald diese abgeschlossen ist.

Or. fr

Begründung

Durch diese Änderung wird das System der Anerkennung und der Übermittlung von Zuwiderhandlungen, wie es in den vorstehenden Änderungsanträgen festgelegt wird, dadurch vervollständigt, dass vorgesehen wird, dass der Wohnsitzstaat den Deliktsstaat über die Weiterverfolgung der Entscheidung über die Verhängung der Sanktion - unabhängig davon, wie sie weiter verfolgt wurde - unterrichtet.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 7a

Für Europas Autofahrer bestimmte Informationen

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um den Verkehrsteilnehmern hinlängliche Informationen über die Maßnahmen zur Anwendung dieser Richtlinie zur Verfügung zu stellen. Diese Informationen werden insbesondere an der Grenze jedes Mitgliedstaats gegeben.

Or. fr

Begründung

Die Mitgliedstaaten müssen den Autofahrern Europas Informationen über die Anwendung der Richtlinie im Fall von Zuwiderhandlungen mit grenzübergreifendem Bezug geben. Diese Information muss eine präventive Rolle im Bereich der Straßenverkehrssicherheit spielen.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Richtlinie Kapitel IV – Artikel 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 8a

Evaluierung und Berichterstattung

1. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Durchführung dieser Richtlinie durch die Mitgliedstaaten vor.

2. Auf der Grundlage dieses Berichtes untersucht die Kommission die

Möglichkeiten, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf andere Zuwiderhandlungen gegen Verkehrsvorschriften auszuweiten, insbesondere auf die Nutzung von Mobiltelefonen am Steuer, das Fahren unter Drogeneinfluss und das Fahren ohne Führerschein.

3. Die Kommission unterbreitet in demselben Bericht Vorschläge, die eine Harmonisierung der Kontrollgeräte auf der Grundlage gemeinschaftlicher Kriterien und der Kontrollpraktiken im Bereich der Straßenverkehrssicherheit ermöglichen.

Or. fr

Begründung

Die Kommission muss einen Bericht über die Durchführung und die Perspektiven einer Änderung der Richtlinie vorlegen.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Richtlinie Anhang – Seite 2 – Unterabsatz 6

Vorschlag der Kommission

Falls Sie diese Geldbuße nicht zahlen, sind Sie verpflichtet, den anhängenden Anhörungsbogen (Seite 4) auszufüllen und an die angegebene Anschrift zu senden.

Geänderter Text

Falls Sie diese Geldbuße nicht zahlen, sind Sie verpflichtet, den anhängenden Anhörungsbogen (Seite 4) auszufüllen und an die angegebene Anschrift zu senden.
Dieser Anhörungsbogen kann durch [die zentrale Behörde des Deliktsstaats] [der zentralen Behörde des Wohnsitzstaats] zur Vollstreckung der Entscheidung über die Verhängung einer Sanktion übermittelt werden.

Or. fr

Begründung

Der Anhang muss insofern geändert werden, als der Adressat des Deliktbescheids darüber unterrichtet werden muss, dass seine Zahlungsverweigerung den Behörden seines Wohnsitzstaats übermittelt werden kann, um die Zuwiderhandlungen und die Entscheidungen über die Verhängung von Sanktionen besser verfolgen zu können.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Richtlinie

Anhang – Seite 2 – Unterabsatz 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

HINWEIS

Der Fall wird von der zuständigen Behörde des Staates, in dem das Delikt begangen wurde, geprüft.

Wird der Fall nicht weiter verfolgt, werden Sie innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Anhörungsbogens informiert.

Wird der Fall weiter verfolgt, gilt folgendes Verfahren:

[Vom Deliktsstaat auszufüllen. Darlegung des weiteren Verfahrens, einschließlich Rechtsbehelfsbelehrung und Angaben zum Verfahren bei Widerspruch gegen die Entscheidung, den Fall weiterzuverfolgen. Mindestens anzugeben sind: Name und Anschrift der Behörde, die für die Weiterverfolgung des Falls zuständig ist; Zahlungsfrist; Name und Anschrift der zuständigen Stelle, bei der Widerspruch einzulegen ist; Widerspruchsfrist].

Or. fr

Begründung

Der Hinweis auf die Rechte des Adressaten muss gleich zu Anfang des Deliktbescheids erfolgen, um eine bessere Information zu ermöglichen.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Richtlinie
Anhang – Seite 4 – dernier alinéa

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

HINWEIS

entfällt

*Der Fall wird von der zuständigen
Behörde des Staates, in dem das Delikt
begangen wurde, geprüft.*

*Wird der Fall nicht weiter verfolgt,
werden Sie innerhalb von 60 Tagen nach
Erhalt des Anhörungsbogens informiert.
Wird der Fall weiter verfolgt, gilt
folgendes Verfahren:*

*[Vom Deliktsstaat auszufüllen. Darlegung
des weiteren Verfahrens, einschließlich
Rechtsbehelfsbelehrung und Angaben
zum Verfahren bei Widerspruch gegen die
Entscheidung, den Fall
weiterzuverfolgen. Mindestens anzugeben
sind: Name und Anschrift der Behörde,
die für die Weiterverfolgung des Falls
zuständig ist; Zahlungsfrist; Name und
Anschrift der zuständigen Stelle, bei der
Widerspruch einzulegen ist;
Widerspruchsfrist].*

Or. fr

Begründung

Die gleiche Begründung wie zum vorhergehenden Änderungsantrag.

BEGRÜNDUNG

Ein neues Rechtsinstrument zur Verringerung der Zahl der Toten auf Europas Straßen bis 2010 um die Hälfte

Anlässlich des im Jahr 2001 veröffentlichten Weißbuchs über die europäische Verkehrspolitik hat sich die Europäische Union das ehrgeizige Ziel gesetzt, der Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2010 zu halbieren. Dieses Ziel gilt nun für sämtliche 27 Mitgliedstaaten. Zur Zeit des Weißbuchs belief sich im Europa der 25 die Zahl der Toten auf 54 000 Menschen¹. Seither sind bedeutende Fortschritte zu verzeichnen, und eine abnehmende Tendenz dieser Zahl konnte festgestellt werden.

Diese Fortschritte wurden allerdings vor allem in der ersten Hälfte des Jahrzehnts erreicht. Seit 2005 konnte man eine Abschwächung der abnehmenden Tendenz bei Verkehrstoten feststellen. Im Jahr 2007 starben in der Europäischen Union mehr als 40 000 Menschen, was einer Abnahme der Verkehrstoten um etwa 20 % über den gesamten Zeitraum entspricht. Dieses Ergebnis ist angesichts des für 2010 festgesetzten Ziels bei weitem unzureichend, wofür es im gleichen Zeitraum einer Abnahme um 37 % bedurft hätte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Toten im Jahr 2007 nicht abgenommen hat.

Während des gleichen Zeitraums haben von der Kommission durchgeführte Studien gezeigt, dass der Anteil der Gebietsfremden an den Verkehrssündern höher ist als ihr Anteil am nationalen Straßenverkehr, insbesondere im Bereich überhöhter Geschwindigkeit. Dieser Umstand hängt zum Teil mit der erhöhten Mobilität innerhalb der Europäischen Union und der Öffnung der Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten zusammen.

Auf diese im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten als dem Wohnsitzstaat des Autofahrers begangenen Zuwiderhandlungen folgen meistens Sanktionen ohne Wirkung. Dies gilt insbesondere für die automatischen Aufzeichnungen von Zuwiderhandlungen, die mit der massiven Aufstellung automatischer Radargeräte auf den europäischen Straßen stark zugenommen haben. Diese relative Straflosigkeit kann die Ziele der Straßenverkehrssicherheit schwächen, weil sie die Autofahrer dazu verleitet, die nationalen Straßenverkehrsbestimmungen nicht zu beachten, weil sie das Gefühl haben, vor Sanktionen sicher zu sein. Sie kann aber auch die Legitimität dieser Kontrollen in den Augen der europäischen Bürger schwächen, die die Begründetheit mit dem Argument in Frage stellen könnten, dass Gebietsansässige und Gebietsfremde schließlich gleich behandelt werden müssen.

Dies ist somit der Gegenstand des vorliegenden Vorschlags, nämlich nach mehreren Initiativen der Kommission, wie etwa der Empfehlung 2004/345/EG der Kommission vom 6. April 2004 zu Durchsetzungsmaßnahmen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit, auf diese zweifachen Bedenken zu reagieren. Das Europäische Parlament hat durch die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr seinerseits mehrfach gefordert, dass eine

¹ Quelle: CARE (Datenbank der EU über Straßenverkehrsunfälle) oder nationale Veröffentlichungen.

Rechtsvorschrift im Bereich der grenzübergreifenden Durchsetzung von Sanktionen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherheit geschaffen wird.

Der Richtlinienvorschlag der Kommission

Die Kommission beabsichtigt, die Vollstreckung von Sanktionen gegen Autofahrer zu erleichtern, die eine Zuwiderhandlung im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsübertretungen, Trunkenheit im Straßenverkehr, dem Nichtanlegen eines Sicherheitsgurtes oder des Überfahrens eines roten Stopplichts in einem anderen Mitgliedstaat als dem ihrigen begangen haben. Die Kommission hat sich bewusst dafür entschieden, den Anwendungsbereich der Richtlinie zu beschränken, was einen neuen Ansatz im Bereich der europäischen Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit bei den vier Zuwiderhandlungen (Artikel 1) bedeutet, die auf der Ebene der Europäischen Union die meisten Menschenleben fordern. Diesen Zuwiderhandlungen ist im Übrigen gemeinsam, dass sie alle in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Delikte gelten.

Durch den Vorschlag soll ein Verfahren für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten (Artikel 3) mittels eines elektronischen Netzes zum Datenaustausch (Artikel 4) eingerichtet werden, durch das das Fahrzeug ermittelt werden kann, mit dem eine Zuwiderhandlung begangen wurde. Nach dieser Ermittlung schickt die Behörde des Deliktsstaates dem Fahrzeughalter einen Deliktsbescheid (Artikel 5), in dem er über die Einzelheiten der Zuwiderhandlung, die Höhe der von ihm zu zahlenden Geldbuße, die Zahlungsverfahren – diese Verfahren müssen die grenzüberschreitenden Banktransaktionen möglichst weitgehend erleichtern – sowie die Rechtsmittel unterrichtet wird.

Was die Weiterverfolgung der Sanktion betrifft, so stellt diese eine zweite Phase der Bearbeitung der Zuwiderhandlung dar, die durch den Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen geregelt wird.

In dem Richtlinienvorschlag sind darüber hinaus Garantien zum Schutz personenbezogener Daten (Artikel 7) unter Verweis auf die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr vorgesehen. Schließlich werden durch den Vorschlag Maßnahmen der Komitologie (Artikel 8) im Hinblick auf die Festlegung gemeinsamer Regelungen für die Einrichtung des elektronischen Netzes oder die Anpassung des Musters des Deliktsbescheids eingeführt.

Der Standpunkt der Berichtsteratterin zum Vorschlag der Kommission

Die Berichtsteratterin schließt sich den Zielen der Kommission im Bereich der Straßenverkehrssicherheit an und ist der Auffassung, dass der gewählte Ansatz richtig ist, um die Zahl der Zuwiderhandlungen auf den europäischen Straßen zu verringern. Ich unterstütze insbesondere die Kommission darin, dass sie den vier in Artikel 1 des Richtlinienvorschlags genannten Straßenverkehrsdelikten Vorrang einräumt, um diejenigen Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit der Straßenverkehrssicherheit hervorzuheben, die die meisten Toten fordern. Allerdings bedürfen mehrere Punkte einer Überarbeitung, um Verbesserungen zu erreichen oder gewisse Lücken des Vorschlags zu schließen.

1) Verfolgung von Zuwiderhandlungen: Mir erschien es wichtig, daran zu erinnern, dass diese Verfolgung möglichst weitgehend über den Rahmenbeschluss 2005/214/JI zu erfolgen hat. Allerdings habe ich zur Berücksichtigung der nationalen juristischen Besonderheiten im Bereich von Entscheidungen über die Verhängung von Sanktionen für Verkehrsverstöße darauf geachtet, dass neben der Erwähnung des Rahmenbeschlusses Vollstreckungsgarantien in den Fällen eingefügt werden, in denen dieser Rahmenbeschluss nicht anwendbar ist. Bestimmte Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben nämlich kein Sanktionssystem für Zuwiderhandlungen, das sich auf das Strafrecht gründet, sondern ihr System ist verwaltungsrechtlicher Natur. Um diesen Besonderheiten Rechnung zu tragen, habe ich einen Zusatz vorgeschlagen, durch den die Übermittlung und die Verfolgung von Entscheidungen über die Verhängung von Sanktionen über die Behörden des Wohnsitzstaates der Person ermöglicht wird, die die Zuwiderhandlung begangen hat.

2) Praktiken der Kontrolle der Straßenverkehrssicherheit: Ich wollte erreichen, dass die Mitgliedstaaten diese Praktiken dadurch stärken, dass sie vergleichbare Mindestkriterien mittels Leitlinien festlegen.

3) Schutz personenbezogener Daten: Ich habe einige Bedenken des Europäischen Datenschutzbeauftragten aufgenommen, die er in seiner Stellungnahme vom 8. Mai 2008 geäußert hat. Die entsprechenden Vorschläge erlauben es, einen Rahmen für die im Komitologieverfahren ergriffenen technischen Maßnahmen zur Verwaltung des elektronischen Netzes zum Datenaustausch zu schaffen und im regelnden Teil der Richtlinie und im Anhang vorgelegten Deliktsbescheid eine Reihe von durch die Richtlinie 95/45/EG verbriefte Rechte zu garantieren.

4) Informationen für Europas Autofahrer: Die europäischen Autofahrer müssen über die Durchführung dieser Richtlinie insbesondere dann unterrichtet werden, wenn sie von einem Mitgliedstaat in einen anderen fahren.

5) Berichterstattung und Evaluierung der Richtlinie: Ich schlage vor, in die Richtlinie eine Pflicht der Kommission aufzunehmen, zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie einen Bericht über die Durchführung und die Erfahrungen vorzulegen, die nach dieser Evaluierung gesammelt wurden. Auf der Grundlage dieses Berichts hat die Kommission Vorschläge zur Änderung der Richtlinie vorzulegen, insbesondere was die Effizienz ihrer Durchführung, ihren Anwendungsbereich, die Kontrollpraktiken und die Normierung der Kontrollgeräte anbelangt.